

***Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern.
Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland***

**Regierungserklärung
der Ministerpräsidentin des Saarlandes
am 16. Mai 2012**

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Landtag hat mich vor einer Woche zur Ministerpräsidentin des Saarlandes gewählt. Ich danke all denen, die mir bei dieser Wahl das Vertrauen ausgesprochen haben. Aber auch denjenigen, die dies nicht getan haben, versichere ich: Ich werde mein Bestes geben für eine gute Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Meine Amtsführung wird sich an dem Anspruch ausrichten, die Ministerpräsidentin aller Saarländerinnen und Saarländer zu sein – und zwar ungeachtet parteipolitischer Unterschiede, unterschiedlicher Interessen oder weltanschaulicher Einstellungen.

Meine Damen und Herren, bereits vor der Landtagswahl haben CDU und SPD ihre Absicht bekundet, gemeinsam die Regierungsverantwortung in den kommenden fünf Jahren wahrnehmen zu wollen. Den Wählerinnen und Wählern war also bewusst, welches Regierungsbündnis sie bekommen, wenn sie ihre Stimme an CDU oder SPD vergeben. 65,8 Prozent der saarländischen Wählerinnen und Wähler haben sich damit für eine Koalition von CDU und SPD ausgesprochen. Das ist ein enormer Vertrauensvorschuss, mit dem die Menschen in diesem Lande konkrete Erwartungen an uns alle verbinden. Diese Erwartungen dürfen und werden wir nicht enttäuschen, dazu sind wir verpflichtet.

1.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Große Koalition ist im Saarland das erste Regierungsbündnis zwischen CDU und SPD seit mehr als fünfzig Jahren. Damals ging es darum, unser Land in die föderale Gemeinschaft der noch jungen Bundesrepublik zu integrieren. Heute geht es darum, genau diesen aus unserer Geschichte gewachsenen Anspruch als eigenständiges Bundesland dauerhaft abzusichern. Das ist die zentrale Aufgabe, um nicht zu sagen: die Schicksalsfrage, die sich uns stellt, das ist der Maßstab für unsere Regierungsarbeit.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die beiden größten Parteien des neuen Landtages im Hinblick auf die übergeordnete Bedeutung der Eigenständigkeitsfrage völlig einer Meinung sind. Der vorliegende Koalitionsvertrag dokumentiert diese Übereinstimmung in eindrucksvoller Weise. Er entspricht den Erwartungen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Und er entspricht einer guten Tradition in unserem Land, nämlich im Angesicht großer Herausforderungen Gegensätze überwinden und in Gemeinsamkeit Verantwortung tragen zu können. Es ist nun das Gebot der Stunde, diese gemeinsame Verantwortung auch wahrzunehmen.

Ich wünsche mir, dass es gelingt, in diese Politik der Verantwortung und der Vernunft alle hier versammelten Fraktionen einzubeziehen. Die Regierungskoalition verfügt zwar über eine starke Zweidrittelmehrheit; aber wir werden damit verantwortungsvoll umgehen. Im Sinne dieser Verantwortung für das Ganze erhoffe und erwarte ich eine lebhafte und konstruktive Opposition, mit der wir um den besten politischen Weg ringen. Die aber auch mit der Regierung dann konstruktiv zusammen arbeitet, wenn die Interessen des Landes es erfordern.

Das große Ziel ist und bleibt dabei die Sicherung unserer Eigenständigkeit als Bundesland. Das, was diese Eigenständigkeit wirklich gefährdet, sind unsere Schulden, ist der Rückgang der Bevölkerung, ist der Verlust an Zutrauen in die eigene Zukunftsfähigkeit. Diesen Herausforderungen müssen wir entgegentreten. Diese Aufgabe steht im Mittelpunkt aller politischen Bemühungen der neuen Legislaturperiode. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit unserem Beitritt in den Kreis der föderalen Gemeinschaft der deutschen Bundesländer im Jahre 1959 wird diese 15. Legislaturperiode einer der wichtigsten Phasen in der Geschichte unseres Landes sein.

Diese Phase müssen wir so bewältigen, dass am Ende der Legislaturperiode eine deutlich niedrigere jährliche Neuverschuldung steht. Wir müssen sie so bewältigen, dass wir bei der anstehenden Neuordnung der Finanzbeziehungen und der Bewältigung der Altschuldenproblematik eine starke und glaubwürdige Verhandlungsposition haben. Und wir müssen sie so bewältigen, dass unsere Strukturen in allen Bereichen öffentlicher Leistungen auf immer weniger, aber auch immer älter werdende Menschen abgestimmt sind. Und klar ist auch, dass all diese Zielvorgaben nur zu bewältigen sind, wenn es weiterhin ein solides wirtschaftliches Wachstum mit guten und auskömmlichen Arbeitsplätzen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle spüren es, und letzte Umfragen scheinen es ja auch zu bestätigen: die Eigenständigkeit unseres Landes ist nicht mehr für alle Saarländer ein selbstverständliches, ein übergeordnetes Ziel, für das sich zu kämpfen lohnt. Deshalb müssen wir in dieser Frage in Zukunft noch viel mehr Überzeugungsarbeit leisten als bisher – nach innen wie nach außen. Denn es ist für uns eine Lehre aus unserer Geschichte, dass Selbstbestimmung besser ist als Fremdbestimmung, dass unsere eigenen Interessen besser von Saarbrücken aus vertreten werden als von Mainz, Wiesbaden, Stuttgart oder anderswo. Wir im Saarland wissen besser als die übrigen Bundesländer, was es bedeutet, nicht Herr im eigenen Haus zu sein, nicht selbst bestimmen zu können. Ich rate uns allen, diese Lehren der Geschichte sehr, sehr ernst zu nehmen.

Jedem hier im Land muss klar sein: der Verlust der Eigenständigkeit bringt für unser Land und die Menschen keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile – von der Wirtschaftsförderung und den Ansiedlungen über die öffentlichen Infrastrukturu-

ren bis hin zur Versorgung mit sozialen Einrichtungen, Schulen und Hochschulen. Deshalb müssen wir für unsere Eigenständigkeit kämpfen. Wir müssen unser Land aufstellen für die Herausforderung der Zukunft. Es geht darum, uns als Land und als Region so fortzuentwickeln, dass wir die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Veränderungen im 21. Jahrhundert aus eigener Kraft bestehen, entscheiden und dabei unsere eigenen Interessen wahren können.

2.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen: es gibt in unserem Land seit einiger Zeit eine intensive Diskussion über Ausrichtung und Umfang der verschiedenen Solidarsysteme zwischen Bund und Ländern. Sie betrifft in erster Linie, aber nicht nur die Konstruktion des bundesstaatlichen Finanzausgleichs; auch der Solidarpakt, die Förderung der wissenschaftlichen Exzellenz, der Krippenausbau oder die Finanzierungsanteile des Bundes an den Soziallasten der Länder und Kommunen spielen bei der Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen immer wieder eine Rolle. Sie berühren den Kernbestand dessen, was bündische Solidarität bedeutet und was auch in Zukunft für unser Land elementar notwendig ist. Das gilt besonders für den Länderfinanzausgleich, für den eine verfassungskonforme Neuregelung für die Zeit ab 2019 gefunden werden muss.

Die Landesregierung wird sich - wie bisher - konstruktiv in diese Diskussionen einbringen - mit Selbstbewusstsein, vor allem aber auch mit eigenen Konzepten. Und so wenig wir steuer- und finanzpolitische Entscheidungen auf Bundesebene mittragen, die negativ auf unsere Einnahmesituation durchschlagen, so wenig werden wir auch bei Reformen im Bereich der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mitmachen, die unserer Interessenlage als Konsolidierungsland zuwiderlaufen. Das gilt ganz besonders für das Problem der Altschulden. Wir werden uns dafür einsetzen, das Thema in den nächsten Jahren auf die Tagesordnung der Bundespolitik zu bringen, um dort für unsere legitimen Interessen zu kämpfen. Möglichkeiten dazu bieten sich möglicherweise schon im Zuge der Diskussion um die Einführung sogenannter Deutschlandbonds.

Klar ist aber auch: Wir können, dürfen und werden die Solidarität des Bundes und der Länder nicht als „Ruhekissen“ begreifen, auf dem sich bequem die weitere Zukunft abwarten lässt. Es ist nicht zu übersehen, dass bei den Geberländern das Verständnis für finanzschwache Bundesländer immer mehr abnimmt. Deshalb kommt es mehr denn je darauf an, die Schuldenbremse im Sinne der Vorgaben des Stabilitätsrates konsequent umzusetzen, Jahr für Jahr weniger neue Schulden und am Ende der Konsolidierungsphase überhaupt keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Nur so können wir nachhaltige Politik betreiben. Denn Politik auf Pump führt früher oder später unweigerlich in den Ruin.

Machen wir uns nichts vor: Wenn die Sanierungsschritte und die Sanierungserfolge von Konsolidierungsländern hinter den vereinbarten Zielen zurückbleiben, dann werden diese Länder einen schweren Stand haben – und zwar nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in der politischen Arena. Was diesen Ländern dann ins Haus stünde, das kann man schon heute an den Diskussionen über die Stabilisierung und Unterstützung überschuldeter Euro-Staaten ablesen.

Die Einsicht in die Begrenztheit der bündischen Solidarität ist das Eine; die gemeinsame Verantwortung für die Zukunftschancen unserer Kinder und eine generationengerechte Finanzpolitik ist das Andere. Beides zusammen genommen lässt uns keine andere Möglichkeit, als die Vorgaben der Schuldenbremse Punkt für Punkt zu erfüllen. Die Regierungskoalition bekennt sich daher klar und deutlich zu dem Ziel, bis 2016 jährliche Konsolidierungsbeiträge von durchschnittlich mindestens 65 Millionen Euro zu erwirtschaften. Einsparmaßnahmen sind dazu unausweichlich. Schon in wenigen Wochen – also noch vor der Sommerpause – werden wir den Haushalt für das Jahr 2013 in einer gemeinsamen Klausur beraten und die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg bringen.

Das betrifft vor allem den größten Ausgabentitel, die Personalausgaben für den Landesdienst. Mit Blick auf die demographische Entwicklung, aber auch die digitalen Informationstechniken gibt es hier durchaus Spielräume für Anpassungsmaßnahmen. Denn erstens führt bei sinkender Bevölkerungszahl ein kleinerer Personalkörper nicht zwangsläufig zu Leistungseinbußen oder zu unzumutbarer Leistungsverdichtung. Und zweitens werden bis 2020 ca. 7.000 Beschäftigte im Landesdienst in den Ruhestand treten. Das erlaubt es uns, diesen Prozess sozialverträglich zu gestalten und auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

Aus diesem Grund haben die Koalitionspartner vereinbart, von den derzeit rund 24.000 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes mindestens zehn Prozent, also rund 2.400 Stellen, bis zum Jahre 2020 einzusparen. Wir werden etwa jede dritte freiwerdende Stelle nicht mehr besetzen oder wiederbesetzen. Dabei betone ich ausdrücklich: Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit Personalvertretungen und Gewerkschaften angehen. Wir wollen die Interessen der Beschäftigten so weit wie möglich berücksichtigen. Dass dies durchaus möglich ist, hat bereits die Polizeireform gezeigt. Hier wurde gemeinsam mit Personalvertretungen und Gewerkschaften ein Reformpaket geschnürt, das in den nächsten Jahren etwa 300 Polizeistellen einspart - und zwar ohne Einbußen bei der öffentlichen Sicherheit.

Bereits in wenigen Wochen wollen wir uns mit den Arbeitnehmervertretungen zu Gesprächen treffen. Dabei müssen wir auch Fragen wie die Übernahme der Regelaltersgrenze im Beamtenbereich, die Wiederbesetzungssperre oder die Verschiebung bzw. Deckelung von Besoldungserhöhungen sprechen. Ich weiß, das werden keine einfachen Gespräche sein. Dennoch hoffe ich auf die Einsicht, dass

wir uns alle gemeinsam den finanziellen und demographischen Veränderungen stellen müssen – und zwar jetzt! Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das den Beschäftigten in den nächsten Jahren Sicherheit und Verlässlichkeit garantiert – und zwar vor allem im Hinblick auf faire Arbeitsbedingungen und gerechte Vergütungsstrukturen.

Mir ist klar, dass die Beschäftigten des öffentlichen Diensts und insbesondere die Beamtinnen und Beamten bereits einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und damit auch zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes geleistet haben. Deshalb können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung darauf verlassen, dass wir mit Blick auf die Gehaltsentwicklung keine dauerhafte Abkoppelung von anderen Bundesländern zulassen werden. Denn – und hier stimme ich dem Landesvorsitzenden des DBB, Herrn Arthur Folz, Wort für Wort zu: „Um die Eigenständigkeit des Landes zu erhalten, brauchen wir eine handlungsfähige (...) und mutige Landesregierung, aber genauso auch einen funktionierenden Verwaltungsapparat.“ (Zitat Ende)

Wichtig ist auch: wir werden nicht blindlings mit dem Rasenmäher über die Stellenpläne hinweg fahren. Wir wollen zu einem bedarfsgerechten Personalentwicklungskonzept kommen. Das kann in einzelnen Fällen sogar zu personellen Aufwüchsen führen, wenn dies zur Aufgabenerfüllung notwendig ist. In der Gesamtheit müssen aber natürlich Personalreduzierungen in der genannten Größenordnung zusammen kommen. Deshalb werden wir die Organisationsstrukturen in den Ministerien, den nachgeordneten Behörden und in den Landesbeteiligungen systematisch analysieren. Diesen Prozess werden wir unverzüglich angehen. Unser Ziel ist Vorschläge für eine angepasste Struktur so zu erarbeiten, dass diese spätestens im Haushaltsjahr 2014 umgesetzt werden. Ich bin mir sicher, dass hier durch Verschlinkung und Zentralisierung von Organisationseinheiten ebenso wie durch verstärkten Einsatz moderner technischer Hilfsmittel vor allem im IT-Bereich viele Arbeitsprozesse effizienter gestaltet werden können. Hier sind die Grenzen der Einsparmöglichkeiten noch lange nicht erreicht.

Natürlich werden wir auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, insbesondere mit dem Nachbarland Rheinland-Pfalz vorbehaltlos prüfen. Unter Kooperation verstehen wir jedoch Zusammenarbeit unter Gleichen und auf Augenhöhe. Das einfache Wegverlagern werden wir so nicht mitmachen. Zu diesem Thema wird es bereits am 4. Juni 2012 in Kusel eine gemeinsame Sitzung der Staatssekretäre von Rheinland-Pfalz und Saarland geben.

Einsparmaßnahmen sind nur vermittelbar, wenn davon niemand ausgenommen wird. Das gilt insbesondere auch für die politische Führung, von der zu Recht erwartet wird, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht. Einen ersten Schritt haben

wir getan; wir haben die Zahl der Minister und Staatssekretäre deutlich verringert und haben heute die kleinste Regierung aller Bundesländer. Zudem werden wir in den Führungsspitzen der Ministerien dadurch Stelleneinsparungen erzielen, dass Staatssekretäre zukünftig eine Abteilung und die Abteilungsleiter zukünftig zusätzlich ein Referat übernehmen. Wir werden aber auch die Versorgungsansprüche von Ministern und Staatssekretären kritisch überprüfen und gegebenenfalls Anpassungen an das Versorgungsniveau anderer Bundesländer vornehmen. Einen entsprechenden Regierungsentwurf werden wir bis zur Sommerpause erarbeiten und dann auch zügig im Parlament einbringen.

Meine Damen und Herren, nicht nur das Land bedarf der nachhaltigen Konsolidierung, sondern auch die Haushalte der Städte und Gemeinden. Der Gesamtbeitrag der Kassenkredite der saarländischen Kommunen betrug Ende vergangenen Jahres rund 1,8 Mrd. Euro. Das jährliche Haushaltsdefizit der saarländischen Kommunen beträgt rund 200 Mio. Euro. Das Land hat nicht die finanziellen Möglichkeiten, den Kommunen diese Schuldenlast abzunehmen. Wir können nur dazu beitragen, die Last dieser Schulden ein Stück weit zu mildern. Mit dem Ziel auch auf kommunaler Ebene eine Haushaltssanierung zu erreichen, so dass vom Jahr 2020 an keine neuen Schulden und Kassenkredite mehr aufgebaut werden müssen, sondern dass allmählich eine Rückführung gelingt. Dies allerdings wollen und werden wir tun. Denn wie der Bund gegenüber dem Land, so steht das Land gegenüber den Kommunen in einer solidarischen Verpflichtung.

Wir werden uns – und das möchte ich nachdrücklich betonen – dieser Verpflichtung nicht entziehen. Das Land stellt deshalb einen jährlichen Sanierungsbeitrag von 17 Mio. Euro im Konsolidierungszeitraum zur Verfügung. Und zwar unter der Voraussetzung, dass sich die kommunale Seite mit einem Finanzierungsanteil in gleicher Höhe beteiligt – beispielsweise über eine kommunale Beteiligung über den kommunalen Finanzausgleich. Sollten sich im Laufe des Sanierungszeitraums durch strukturelle Mehreinnahmen neue Handlungsspielräume ergeben, sind wir bereit, eine Aufstockung des Sanierungstopfes zu prüfen. Wir wollen mit diesem Fonds den Kommunen dabei helfen, ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten. Wie dies im Einzelnen geschehen soll, darüber wollen wir schon in den nächsten Wochen mit der kommunalen Seite auf der Ebene einer paritätisch besetzten Kommission reden. Insbesondere darüber, wie dieser Solidarpakt zwischen Land und Kommunen inhaltlich und technisch ausgestaltet werden soll.

Nur mit Sparen allein werden wir die Eigenständigkeit unseres Landes langfristig nicht sichern können. Wir brauchen im Saarland eine attraktive und zukunftsfähige Infrastruktur. Deshalb werden wir einerseits Saarbrücken als einzige Großstadt des Saarlandes und als Motor unseres Landes darin unterstützen, diese Leitfunktion ausüben zu können. So wollen wir eine rasche Entscheidung über die Realisierung des Projektes „Stadtmitte am Fluss“ – und zwar auf der Ba-

sis der dazu abgeschlossenen Vereinbarungen und mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Fördermittel, wobei über die sogenannte Tunnellösung erst nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens im Jahre 2014 entschieden wird. Darüber hinaus wird sich das Land auch für die Neupositionierung der Stadt Saarbrücken als Kongress- und Messestandort einsetzen.

Genauso wie für die Landeshauptstadt werden wir uns aber auch für die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum einsetzen. Dazu gehört der Erhalt des hohen Standards des Straßennetzes. Und dazu gehören weitere wichtige Projekte, wie etwa die Umgehung der B423 bei Homburg, die Verbesserung des Autobahnanschlusses Homburg/Bexbach und die Fortsetzung des Projektes Nordsaarlandstraße durch den Bau der Nordumfahrung Merzig.

Es gibt noch einen weiteren Bereich, der nicht den gleichen Sparvorgaben unterliegt wie der Öffentliche Dienst, und das ist der Bereich von Bildung und frühkindlicher Erziehung. Die wegen des Schülerrückgangs frei werdenden Mittel, verringert um die ebenfalls zurückgehenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich – also die echte demografische Rendite – verbleiben im Bildungssystem. Das heißt: da die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2020 um rund 24.000 bzw. 20 % zurückgehen wird, werden wir in den nächsten Jahren im Schul- und Vorschulbereich, insbesondere bei den Ganztagschulen und Krippen, in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel bereitstellen.

Unsere Zielsetzung ist ehrgeizig, aber die Rahmenbedingungen haben sich in letzter Zeit nicht verschlechtert, sondern verbessert. Schon die vorletzte Steuerschätzung vom November 2011 hat uns höhere Steuereinnahmen vorhergesagt als die vom Mai des vergangenen Jahres, auf die das saarländische Sanierungsprogramm aufbaut. Erst von letzter Woche stammt die Nachricht, dass die jüngste Steuerschätzung weitere Steuermehreinnahmen für das laufende und die nächsten Jahre erwarten lässt. Hinzu kommt, dass sich die Zinssätze weiterhin auf einem niedrigen Niveau bewegen.

Wer daraus ableiten möchte, dass wir in unseren Konsolidierungsbemühungen nachlassen sollen, der weiß über unsere Haushaltslage nicht wirklich Bescheid. Diese positiven Entwicklungen ergeben keinerlei Spielraum für zusätzliche Ausgaben. Aber sie erhöhen die Chancen für die Umsetzung der Schuldenbremse. Wir stehen mit unserem Konsolidierungsdruck übrigens nicht allein. Die innerstaatliche Umsetzung des europäischen Fiskalpakts, über die derzeit zwischen Bund und Ländern verhandelt wird, wird auch anderswo eine disziplinierende Wirkung entfalten. Auch die anderen Länder werden wohl schneller auf einen Konsolidierungskurs eingeschworen, als sie bisher gewohnt sind. Maßnahmen, die zu weiteren Belastungen für die Länder-Haushalte führen, werden deshalb zukünftig deutlich unwahrscheinlicher.

3.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist nicht nur eine finanzpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe. Wirtschaftspolitik ist aktive Zukunftssicherung, denn Wirtschaftskraft bringt Steuerkraft. Um die Eigenständigkeit des Saarlandes nachhaltig zu sichern, müssen wir weiter für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung sorgen. Daher werden auch in Zukunft Investitionen und Projekte, die für unser Land von besonderer Bedeutung sind, nicht an Fördermitteln oder Bürgschaften scheitern.

Moderne Industriebetriebe und leistungsstarke mittelständische Unternehmen – das sind die beiden Herzkammern unserer Saarwirtschaft. Daher steht die Landesregierung zum Industrie- und Energiestandort Saarland. Das Saarland muss ein führender Industriestandort Deutschlands bleiben. Die Saarindustrie hat beste Perspektiven. Die Stahl- und Automobilindustrie, die Gesundheitswirtschaft, der Energiebereich, die Informationstechnologie und die Werkstoff- und Materialwissenschaften: Sie alle bedienen die Märkte der Zukunft. Sie alle versprechen für das Saarland Wachstum und für seine Menschen gute Arbeit.

Die Saarindustrie hat einen hohen Anteil an energieintensiven Branchen und Unternehmen. Ich nenne stellvertretend die Stahlindustrie mit ihren rund 13.000 Beschäftigten und einem Umsatzvolumen von über 3 Mrd. Euro. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für die Belange unserer Stahlindustrie ein, vor allem in der Diskussion um klima- und energiepolitische Regulierungen. Wettbewerbsnachteile durch Klimaschutzinstrumente wollen wir durch Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene so weit wie möglich verhindern. Unser Ziel ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Deshalb unterstützen wir auch den Erwerb von VSE-Anteilen durch Stadtwerke, Kommunen und Land. Den Erwerb wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten vor der Sommerpause abschließen.

Unsere Stärken wollen wir weiter ausbauen. Wir werden den Technologietransfer und die wirtschaftsnahe Forschung gezielt fördern. Organisatorisch werden wir dies durch eine Bündelung der Fördermittelstrukturen und die Erweiterung des ZEMA, des Zentrums für Mechatronik und Automatisierungstechnik zu einem Ausbildungs- und Entwicklungszentrum für Ingenieure und Innovationen erreichen. Wir wollen so die Wissenschaft und Forschung stärker an den Belangen der heimischen Wirtschaft ausrichten. Den Masterplan Industrieflächen werden wir konsequent weiter umsetzen, denn zusammenhängende Industrieflächen sind ein wichtiger Standortfaktor und Basis einer aktiven Industriepolitik.

Fest im Blick haben wir natürlich auch die mittelständischen Betriebe im Handel und Handwerk. Wir werden im Dialog mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern das Mittelstandsförderungsgesetz aus dem Jahr 1976 an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Um die Innovationskraft des Mittelstandes zu stär-

ken, wollen wir die Kontakte zwischen Wirtschaft und Hochschulen intensivieren. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung, gerade für den Mittelstand sind gute Finanzierungskonditionen für Investitionen. Deshalb wollen wir eine wettbewerbsfähige Sparkassen- und Bankenlandschaft. Dazu gehören eine dauerhaft tragfähige Gesellschafterstruktur und ein nachhaltiges Geschäftsmodell für die SaarLB. Neben klassischen Instrumentarien wie Bürgschaften, Garantien sowie Innovations- und Wagnisfinanzierungen sind wir aber auch offen für neue Finanzierungsquellen wie sogenannte „Bürgerschaftliche Innovationsfonds“.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung in ihrer Gesamtheit und erst recht das zuständige Wirtschaftsministerium, wir alle werden der Saarwirtschaft ein zuverlässiger und jederzeit hilfsbereiter Partner sein. Vor allem werden wir den Unternehmen auch dann beistehen, wenn es schwierig wird. Denn genauso, wie wir uns um Existenzgründungen und Ansiedlungen kümmern, werden wir Unternehmen zur Seite stehen, die in existenzielle Schwierigkeiten geraten sind. Eines unserer Instrumente wird dabei das „Zentrum für Existenzsicherung sowie für Wirtschafts- und Standortförderung“ sein. Neben den bisherigen ZPT-Aufgaben wird das ZEWIS als gemeinsame Organisation von Saarwirtschaft und Landesregierung in Zukunft auch Aufgaben des Saarlandmarketings sowie der Innovations- und Technologieförderung wahrnehmen.

Gerade ein offensives Saarland-Marketing ist im zunehmend härteren Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte und im Wettstreit um die besten Köpfe und Hände unverzichtbar. Saarland-Marketing heißt für uns, innerhalb wie außerhalb des Saarlandes die Menschen von den Stärken des Saarlandes zu überzeugen und sie für unser Land zu begeistern. Daher werden wir – gemeinsam mit den bisherigen und zukünftigen Partnern aus dem Bereich der Wirtschafts- sowie der Arbeitnehmerorganisationen – so schnell wie möglich dafür die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist zweifellos eine gemeinsame Aufgabe aller Wirtschafts- und Sozialpartner. Aufbauend auf der im Oktober vergangenen Jahres beschlossenen Allianz zur Sicherung des Fachkräftebedarfs möchten wir das vorhandene Potenzial der Fachkräfte fördern und erhalten – und die Vermittlung und Eingliederung Arbeitsuchender in Arbeit deutlich verbessern. Eine Allianz, die beispielhaft ist für eine besondere Stärke unseres Bundeslandes: Wir halten zusammen! Dieses partnerschaftliche Miteinander prägt die Bereitschaft der Landesregierung zur Kooperation mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern bei der Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben.

Dazu gehört – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – die betriebliche Weiterbildung. Das lebenslange Lernen muss in der Berufs- und Lebenswirklichkeit noch tiefer verankert werden. Sich weiterzubilden

soll attraktiver werden! Bei der Bildungsfreistellung streben wir eine Regelung an, bei der die ersten beiden Tage nicht auf den Urlaubsanspruch angerechnet werden. Und es soll künftig allen Unternehmen möglich sein, den Anspruch auf Bildungsfreistellung auf der Basis betrieblicher Lösungen zu erfüllen.

Wir wollen die Attraktivität des Saarlandes als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort erhöhen und gleichzeitig die Wahrnehmung von Bildungs- und Teilhabechancen verbessern. Dazu gehören nicht zuletzt schnelle Internetverbindungen. Wir werden uns, insbesondere auf der Ebene des Bundes, für eine Ausweitung der Förderkulisse zur Verbreitung der Netzinfrastruktur der nächsten Generation einsetzen. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Internetverbindungen über 50 Megabit pro Sekunde schaffen und streben an, hierfür europäische Fördermittel zu verwenden. Auch das ist für uns ein wichtiges Stück modernes Saarland der Zukunft.

4.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der saarländische Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, dass sowohl die registrierte Arbeitslosigkeit als auch die Unterbeschäftigung gesunken sind. Allerdings profitieren von dieser positiven Gesamtentwicklung noch nicht alle in ausreichendem Maße. Unser Ziel lautet daher: wir wollen Beschäftigung schaffen und sichern, die allen ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen garantiert. Wir wollen nicht minderwertige Jobs für viele, sondern gute Arbeit für alle. Wir wollen produktive Arbeitsplätze mit fairen Löhnen.

So positiv die Aussichten auf dem ersten Arbeitsmarkt auch sind, wir wissen, dass es eine Gruppe von Menschen gibt, die diesen Sprung nur mit dauerhafter Unterstützung oder auch gar nicht schaffen. Gerade für sie wollen wir etwas tun, das ist für uns eine Frage der Menschenwürde. Deshalb werden wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einrichten. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, der BA, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden sowie den Maßnahmenträgern werden wir ein Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für das Saarland“ entwickeln. Dafür werden wir - neben ESF- bzw. BAMitteln – in dieser Legislaturperiode eigene Landesmittel in Höhe von mindestens 15 Mio. Euro bereitstellen.

Die Landesregierung ist sich einig, dass Lohndumping verhindert werden muss. Wir werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um atypische Formen von Beschäftigung soweit wie möglich einzudämmen. In Abstimmung mit Wirtschafts- und Sozialpartnern werden wir außerdem einen Index zur Beurteilung der Arbeitsqualität einführen und das Projekt „Betriebsbarometer“ unterstützen.

Auch auf Bundesebene werden wir alle Initiativen zur Festlegung von Lohnuntergrenzen unterstützen, die zu einer Verbesserung des Status quo führen. Dazu gehört unter anderem auch der gesetzlich flächendeckende Mindestlohn. Eine dazu nach der Bundestagswahl durch Bundestagsmehrheit beschlossene Regelung wird die Landesregierung im Bundesrat mittragen. Damit übernimmt das Saarland eine pragmatische und konstruktive Rolle bei der bundesweiten Debatte über den Mindestlohn. An uns sollen sachgerechte Lösungen nicht scheitern.

Wer glaubwürdig für faire Löhne eintritt, muss sie dort durchsetzen, wo er direkt Einfluss nehmen kann. Deshalb wird die Landesregierung das bestehende Tariftreugesetz unter Berücksichtigung von EU- und wettbewerbsrechtlichen Bedingungen weiterentwickeln. Ein neues Vergabe- und Tariftreugesetz wird eine verbindliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro festlegen. Es soll ab einem Auftragswert von 25.000 Euro greifen. Eine entsprechende Initiative werden die Regierungsfractionen noch vor der Sommerpause in den Landtag einbringen.

Neben Lohndumping durch Niedriglöhne wenden wir uns auch gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Dazu wird die Landesregierung - nach einer Diskussion hier im Landtag - eine Bundesratsinitiative einbringen, die das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit einfordert. Außerdem werden wir unsere Förderrichtlinien am Ziel der Begrenzung von Leiharbeit orientieren. So werden künftig Unternehmen, in denen der Leiharbeitsanteil durchschnittlich 30 Prozent der Gesamtbelegschaft überschreitet, von der Förderung ausgeschlossen. Unternehmen mit einem Leiharbeitsanteil zwischen 10 und 30 Prozent müssen Abstriche bei der Förderung hinnehmen.

5.

Die Energiewende ist heute eine der großen Herausforderungen für die Politik. Die Ethikkommission der Bundesregierung hat die Energiewende völlig zu Recht als ein Gemeinschaftswerk bezeichnet. Die Landesregierung ist bereit und entschlossen, zu diesem Gemeinschaftswerk ihren Beitrag zu leisten. Für unser Land steht dabei mehr auf dem Spiel als eine sichere Energieversorgung, die verlässlich und klimaverträglich ist. Die Energieversorgung der Zukunft muss genauso auch sozial- und wirtschaftsverträglich sein. Wenn wir die Aufgabe erfolgreich stemmen, die Energieversorgung grundlegend umzubauen, haben wir – auch im Saarland – Technologien und Know How anzubieten, das bereits heute in der ganzen Welt breit nachgefragt wird.

Wir haben ohne weiteres das Potenzial, um im Saarland im Jahr 2020 – also in nur acht Jahren – mindestens jede fünfte verbrauchte Kilowattstunde Strom aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Allein bei der Windkraft gibt es derzeit Ge-

nehmungsanträge oder Planungen für neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 300 MW. Das ist doppelt so viel wie bisher und entspricht einem Investitionsvolumen von mehreren hundert Millionen Euro. Weitere Windräder allein werden aber nicht reichen. Die eigentliche Herausforderung der Energiewende liegt darin, den Umbau unserer Stromversorgung intelligent zu synchronisieren. Mit jedem Windrad, mit jeder Solaranlage wachsen die Anforderungen an die Stromnetze – deshalb muss der Aufbau von Erzeugungskapazität einhergehen mit der Ertüchtigung der Netze und dem Ausbau von Speicherkapazitäten.

Das Saarland als Energieland hat dieses Know How – und das werden wir nutzen. Wir werden deshalb in Fortentwicklung des geltenden Masterplans Energie konkrete und gemeindegrenze Ausbaupfade für die Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse ausarbeiten. Eine solche Planung ist Voraussetzung für den Ausbau der Netze. Um diese komplexe Aufgabe zu steuern, werden wir einen Energiebeirat einberufen.

Erneuerbare Energien müssen in Zukunft in viel stärkerem Maße gespeichert werden als bisher. Deshalb wird die Bedeutung von Stromspeichern erheblich zunehmen. Auch hier haben wir gute Voraussetzungen, um von den Veränderungen der Energiewende zu profitieren. Denn: wir haben hier in den alten Schächten des Bergbaus, aber auch über der Erde – denken Sie nur an die Bergehalde – einiges an Möglichkeiten. Die Unternehmen des Bergbaus entwickeln dieses Potenzial bereits. Mit einem Speicherkataster wird die Landesregierung auch weitere Möglichkeiten zur Stromspeicherung systematisch darstellen und so auch die Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Investitionen schaffen.

Die saarländische Industrie, aber auch der Mittelstand und das Handwerk sind bestens für die Energiewende aufgestellt. Die Dillinger Hütte liefert Qualitätsstahl, ohne den leistungsfähige Turbinen nicht aufgestellt werden können. Die Saarschmiede produziert aus hochlegierten Stählen unverzichtbare Bauteile für hocheffiziente Kraftwerke. Und der Windturbinenbauer Vensys in Neunkirchen liefert erfolgreich Baupausen und Technologie für Tausende von Windturbinen in China, Indien, Brasilien und Kanada.

Die beste Energie ist jedoch die, die gar nicht erst verbraucht wird. Deshalb werden wir einen weiteren Schwerpunkt auf die energetische Sanierung legen. Unser Landesprogramm werden wir in Abstimmung mit den Programmen auf Bundesebene so optimieren, dass möglichst viele Menschen davon profitieren. Unsere Handwerksbetriebe verfügen über eine große Kompetenz, wenn es um die energetische Sanierung privater und öffentlicher Gebäude geht. Wir wollen hier als öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden deshalb einen konkreten Sanierungspfad für unseren eigenen Gebäudebestand entwickeln. Da-

bei werden wir auch prüfen, inwieweit Kooperationen mit privaten Anbietern in Frage kommen. Richtig angepackt, ist die Energiewende eine große Chance!

Moderne Umweltpolitik ist aber weit mehr als klimaverträgliche Energieversorgung. Unser Land mag klein sein, aber es ist ein Land mit großer natürlicher Vielfalt. Wir wollen dieses Naturerbe, diese in Jahrhunderten entstandene Kulturlandschaft bewahren. Denn es ist Teil der hohen Lebensqualität, die unser Land auszeichnet. Deshalb werden wir auch die naturnahe Waldwirtschaft im Staatswald fortführen. Für uns ist dabei klar: Gerade die Forstwirtschaft kann beispielhaft aufzeigen, dass Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit keine Gegensätze sein müssen. Wir werden zeigen, dass höchste Umweltstandards keineswegs im Widerspruch stehen zu einem ausgeglichenen Betriebsergebnis bei der Waldbewirtschaftung. Und wir werden bei der Überarbeitung des Jagdgesetzes zeigen, dass ein fairer Interessenausgleich zwischen Jagd sowie Natur- und Tierschutz auf der einen Seite und den berechtigten Anliegen von Waldeigentümern und der Landwirtschaft auf der anderen Seite möglich ist.

Sie alle kennen das Bibelwort, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Ich möchte dieses Bibelwort etwas abwandeln: Unsere Landwirtschaft liefert nicht nur unser tägliches Brot, nein, sie tut viel mehr. Sie ist der Garant für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft mit ihren Wiesen, Äckern und Weiden; sie macht mit dieser Landschaftserhaltung unser Land lebens- und liebenswert. Deshalb ist uns eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft ein Herzensanliegen. Wir werden daher die Regionalvermarktung weiter fördern. Im Übrigen sind wir in der Landwirtschaft bisher ohne Gentechnik gut ausgekommen, wir wollen daher dafür sorgen, dass das so bleibt. Genauso werden wir uns dafür einsetzen, dass wir beim Ökolandbau weiterhin ganz vorne mitspielen.

6.

Meine Damen und Herren, Veränderungen und Investitionen in Prozesse, Strukturen, Infrastruktur sind notwendig. Der größte Schatz aber, den wir in diesem Land haben, sind seine Menschen. Jeder einzelne soll nach besten Kräften an der Gestaltung des Landes mitwirken, er muss es aber auch können. Bildung ist der Schlüssel dafür, dass wir niemanden zurücklassen, dass jeder seine Potenziale und Talente bestmöglich nutzen kann. Deshalb hat Bildung Priorität. Diese Priorität spiegelt sich auch im Landeshaushalt wider: Während die Ausgaben praktisch überall zurückgeführt werden, wird der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt Jahr für Jahr prozentual ansteigen. An der Zielmarke 30-Prozent der Gesamtausgaben für Bildung und Wissenschaft halten wir natürlich fest.

In diesem Jahr werden wir mit dem Start der Gemeinschaftsschule flächendeckend das in der Verfassung festgeschriebene Zwei-Säulen-Modell bei den weiterführenden Schulen umsetzen. Die bereits vorbereitete Änderung des Schulordnungsgesetzes werden wir in den nächsten Wochen im Landtag verabschieden. Eltern und Schüler werden damit künftig die Wahl haben zwischen der Gemeinschaftsschule mit neunjährigem und dem Gymnasium mit achtjährigem Abitur. Die Einführung der Gemeinschaftsschule stellt natürlich eine große Herausforderung dar; deshalb werden wir hier für die Einführungsphase dieser neuen Schulform zusätzliche Stunden zur Verfügung stellen. Damit werden wir für hoffentlich lange Zeit Schulfrieden in unserem Land haben.

Wir werden in den nächsten Jahren aber auch dafür sorgen, dass die Klassen kleiner werden, dass die Betreuungsrelation zwischen Lehrern und Schülerinnen und Schülern kontinuierlich verbessert wird. Dazu werden wir an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen schrittweise die Personalzuweisungen verbessern. In den Klassenstufen 5 und 6 wird dann eine Klassengröße von 25 die Richtschnur sein, in den darüber liegenden Klassenstufen eine Klassengröße von 27 Schülern. Im Hinblick auf die Sicherung von Schulstandorten wollen wir einen vernünftigen Kompromiss zwischen der Sicherung der Unterrichtsqualität auf der einen Seite und den Interessen von Regionen mit geringerem Schüleraufkommen auf der anderen Seite. Eine Schule hat demnach dann Bestand, wenn mindestens 220 Schülerinnen und Schüler von Klassenstufe 5 bis 9 die Schule besuchen.

Schülerinnen und Schüler brauchen eine schulische Ausbildung, die ihnen auch die Perspektive eines direkten Einstiegs in den beruflichen Ausbildungsmarkt ermöglicht. Die Landesregierung bekennt sich daher zum System der dualen Berufsausbildung. Es kommt nicht von ungefähr, dass das duale System ein Exportschlager ist, das sich in Gesamteuropa auch mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit positiv von anderen abhebt. Es wird auch künftig eine starke Säule in unserem Bildungssystem sein.

Wir wollen, dass Familien in Freiheit entscheiden können, wie sie ihr Familienleben gestalten. Wer seine Kinder in den ersten Lebensjahren allein erziehen und betreuen möchte, soll dies tun können. Eltern, ob zusammenlebend oder alleinerziehend, sollen aber auch die Möglichkeit haben, zu arbeiten. Und zwar in der Gewissheit, dass ihre Kinder in dieser Zeit gut aufgehoben sind. Deshalb werden wir die Betreuungsangebote ausbauen. Schon kommendes Jahr wollen wir für 35 Prozent der Kinder ein Krippenangebot bereithalten. Das sind 7500 Plätze. Sollte das nicht reichen, wenn also eine Versorgungsquote von bis zu 40 % angenommen werden muss, dann geht dies nur mit einer weiteren gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Dann muss der Bund stärker mit ins Boot, Länder und Kommunen können diese Kosten allein nicht stemmen.

Meine Damen und Herren, der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote ist auf alle Fälle ein zentrales Element unserer Sozial- und Bildungspolitik – und zwar von den Kindergärten über die Grundschulen bis hin zum Sekundärbereich. Das Angebot der Freiwilligen Ganztagschule, das inzwischen flächendeckend und auf hohem Niveau im ganzen Land verankert ist, soll im Sinne der Wahlfreiheit ergänzt werden. In fünf Jahren soll es deshalb landesweit insgesamt 25 zusätzliche Gebundene Ganztagschulen geben, der Großteil davon im Grundschulbereich. Darüber hinaus werden wir einen Schwerpunkt auf den Unterricht in den Schulen legen. Dazu werden wir zügig ein Handlungspaket zur Reduzierung des Unterrichtsfall und der Verbesserung der Unterrichtsbedingungen vorlegen.

Leistungsstarke Hochschulen, exzellente Wissenschaft und Forschung – das sind entscheidende Zukunftsfaktoren für unser Land. Unsere Universität ist forschungsstark, sie bietet ein breites Studienangebot und sie ist in der Region fest verwurzelt. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft hat sich geradezu phänomenal entwickelt; die Zahl junger Menschen, die dort studieren wollen, wächst Jahr für Jahr. Unsere beiden künstlerischen Hochschulen haben einen hervorragenden Ruf; die Deutsch-Französische Hochschule weist uns als Wissenschaftsstandort mit Frankreich-Kompetenz aus. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft bieten exzellente Wissenschaft und Forschung. Dieses hervorragende Profil zu sichern und weiter zu schärfen – das ist unser Ziel.

Dieses Ziel auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse zu erreichen, erfordert ein abgestimmtes und intelligentes Vorgehen. Deshalb werden wir einen Hochschulentwicklungsplan vorlegen. Er wird die Grundlage für neue Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen sein. Das Land engagiert sich in hohem Maße für seine Hochschulen. Wir wenden derzeit jährlich weit über 240 Millionen Euro dafür auf. Das ist bei einem Haushalt von gut dreieinhalb Milliarden Euro eine gewaltige Kraftanstrengung.

Zu einer fairen Zusammenarbeit gehört deshalb die Ehrlichkeit zu sagen: Diese Summe wird auch für die kommenden Jahre die finanzielle Grundlage sein. Ich sage den Hochschulen allerdings zu, die Finanzierungslücke aus den weggefallenen Studiengebühren auch über das Jahr 2013 hinaus zu füllen. Das gilt auch für die Finanzierung der im Hochschulpakt vereinbarten Komplementärmittel. Allerdings werden die für die Zeit bis 2013 bereitgestellten Mittel aus dem Sondervermögen Zukunftsinitiative III wie geplant auslaufen. Deshalb bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, mehr Bundesmittel und mehr Drittmittel für die Hochschul- und Forschungsfinanzierung einzuwerben. Dies wird nur gelingen, wenn wir hier und in anderen Bereichen noch besser kooperieren. Nur so können wir die Effizienzreserven wecken, die beispielsweise in Doppelstrukturen stecken.

Die Landesregierung stellt dabei – das möchte ich ausdrücklich betonen – die Profile der Hochschulen nicht in Frage. Doch ich bin überzeugt, dass es sinnvoll ist zu prüfen, ob beispielsweise die so wichtige Ausbildung von Ingenieuren an Universität und HTW in einer hochschulübergreifenden Struktur gebündelt werden kann. Und warum soll nicht eine gemeinsame Promotionsplattform es jungen Fachhochschulabsolventen erleichtern, ihre Qualifikation durch eine Doktorarbeit weiter zu verbessern? Ich bin mir sicher, dass auch in einer noch engeren Zusammenarbeit innerhalb der Großregion noch ein erhebliches Potenzial schlummert, das wir wecken können. Unser Ziel ist ein „Campus Saar“, der als erster Schritt die Zusammenarbeit verbessert. Den gesamten Prozess werden wir durch Expertisen begleiten lassen.

7.

Meine Damen und Herren, die Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes macht nur dann Sinn, wenn wir auch in Zukunft das Land sind, in dem jeder seine Chance hat. Wir können und wir wollen auf niemanden verzichten, nur weil jemand angeblich zu alt oder zu jung ist, eine andere Herkunft hat, oder weil er mit Einschränkungen und Behinderungen leben muss. Die UN-Konvention verpflichtet uns zur Inklusion und deshalb werden wir sie mit unserem Aktionsplan Schritt für Schritt umsetzen. Dabei wollen wir für jeden das passende Angebot erhalten. Die Landesregierung wird daher zur konzeptionellen Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention unsere Integrationsverordnung überarbeiten und ein echtes Wahlrecht zwischen Regelschulen und Förderschulen sichern.

Wir wollen ein Saarland, in dem die Menschen zusammenhalten. Kernzelle dieses Zusammenhaltes ist und bleibt auch in Zukunft die Familie. Daher wollen wir den Familien in unserem Land mit den zahlreichen „lokalen Bündnissen für Familie“ helfen. Über unsere Service-Stelle werden wir das bereits bestehende Netz an diesen Einrichtungen weiter ausbauen und ihre Arbeit intensivieren. Ebenso werden wir unser Landesprogramm „Frühe Hilfen - Keiner fällt durchs Netz“ von nun an auch mit Bundesmitteln flächendeckend weiterentwickeln.

Der Ausbau der Kinderkrippen, der Tagesangebote in Kindergärten, der Ganztagschulen: All das dient nicht nur zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs. All das ist auch und in vielen Fällen sogar in erster Linie aktive Sozialpolitik, ist konkrete Bekämpfung von Kinderarmut. Dort, wo Familien zur Kindererziehung nicht im Stande sind, oder dort, wo Alleinerziehende wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, dort muss der Staat einspringen und präventiv tätig werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeitsbedingungen verändern sich rasant durch technische Neuerungen in einer globalisierten Wirtschaft. Gleichzeitig steigen die Herausforderungen durch den demografischen Wandel: die Menschen müssen länger arbeiten, flexibler arbeiten und gleichzeitig familiäre Aufgaben mit Kindern und Pflegebedürftigen bewältigen. Daher steigt die Bedeutung eines verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Beschäftigten. Das gilt für die Unternehmen, aber auch für die Beschäftigten im Landesdienst selbst. Hier besteht zunehmender Handlungsbedarf, gerade vor dem Hintergrund der von uns angestrebten Verschlinkung von Strukturen in der Landesverwaltung. Daher haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart, den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements voranzutreiben.

Die öffentlichen Diskussionen im Bereich des Verbraucherschutzes – beispielhaft genannt seien hier nur die Dioxingeschehnisse im Lebensmittelbereich, die Internetabzocke oder die Spielzeugsicherheit – haben gezeigt, welche Bedeutung diesen Fragen für uns alle haben. Unabhängig davon, ob dies nun den gesundheitlichen, wirtschaftlichen, den technischen Verbraucherschutz oder die Lebensmittelproduktion betrifft. Alle diese Fragen müssen in einer Hand gebündelt und miteinander vernetzt sein. Deshalb werden wir die Strukturen des Verbraucherschutzes im Saarland gründlich im Hinblick auf ihre Effektivität überprüfen und Vorschläge entwickeln, wie in Zukunft Synergien besser genutzt werden können.

Im Zeichen der demografischen Entwicklung werden wir weniger an der Zahl, aber nach Jahren immer älter. Wir müssen deshalb unser Bild vom Alter revidieren. Ältere Menschen sind heute rüstiger denn je. Auf ihre Erfahrung und ihr Wissen können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb werden wir die Teilhabe älterer Menschen beispielsweise in Form der Seniorenbeiräte stärken. Deshalb fördern wir Strukturen, die möglichst lange die Selbständigkeit von Älteren gewährleisten. Und wir initiieren Projekte, die sowohl dem Bildungsbedürfnis als auch dem Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen gerecht werden.

Aktives Handeln ist auch gefragt, wenn es um die Integration von Migrantinnen und Migranten geht. Viele Experten stimmen darin überein, dass sich diese Integration ganz wesentlich über den Arbeitsmarkt vollzieht. Daher werden wir hier Hürden abbauen, etwa anhand eines Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes, um die bessere und schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zu erreichen; oder etwa indem wir den Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen, vor allem in den Bereichen Schule, KiTas, Polizei, Soziales und Pflege. Auch werden wir hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft die strikte Optionspflicht bis zum 23. Lebensjahr einer Prüfung unterziehen mit dem Ziel, die Beibehaltung doppelter Staatsangehörigkeiten zu erleichtern. Und schließlich werden wir unsere Anstrengungen zur Sprachförderung auf den Erwerb der Schrift- und Fachsprache konzentrieren.

Wir wollen aber auch die sozialen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen verbessern. Wir wollen mit einer abgestimmten Förderpolitik den Frauenanteil in Führungspositionen und Gremien deutlich erhöhen. Dazu werden wir prüfen, inwieweit eine Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung bzw. ein Landesgremiengesetz dazu beitragen. Das Gleichstellungsgesetz werden wir zeitnah und gemeinsam mit allen Frauenverbänden und Frauenvertretungen evaluieren, vor allem mit Blick auf verbindliche und sanktionsbewehrte Regelungen und einer festgelegten Quotenregelung. Bei der Novellierung werden wir auch die dazu bisher gemachten Erfahrungen einbeziehen.

8.

Ohne das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen werden wir sie auf unserem Weg in eine gute Zukunft nicht mitnehmen können. Das gilt insbesondere für die staatliche Kernaufgabe der Inneren Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich gewiss sein können, dass überall gleiches Recht für alle gültig und dass dieses Recht auf der Grundlage unserer Gesetze auch überall und jederzeit durchgesetzt wird.

Insbesondere unsere Sicherheitskräfte müssen darauf bauen können, dass in Zeiten zunehmender Ordnungsverstöße und Gewaltbereitschaft auch und gerade gegenüber Polizisten und Vertretern anderer Sicherheitsdienste Staat und Bevölkerung geschlossen hinter ihnen stehen. Aus diesem Grund werden wir die technischen und einsatztaktischen Bedürfnisse unserer Polizisten fest im Auge behalten, wenn wir unser Polizeigesetz an die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung anpassen. Und wir werden mit einer Verschärfung der strafrechtlichen Mittel unsere Sicherheitskräfte besser als bisher vor Angriffen und Gewalt schützen.

Wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft ist eine unabhängige und leistungsfähige Justiz, um den verfassungsrechtlich garantierten Justizgewährungsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin zu gewährleisten. Das heißt, wir werden auch in Zukunft die Justiz ordnungsgemäß personell und sächlich ausstatten. Aber auch die Justiz kann die Augen nicht verschließen vor den dringend erforderlichen Sparmaßnahmen, um die Existenz dieses Landes auch zukünftig sicherzustellen. Die Justiz ist sich ihrer Verantwortung für das Ganze bewusst.

Besonders besorgniserregend ist aber der Extremismus, der sich an vielen Stellen unserer Gesellschaft in wachsendem Maße breitmacht. Die besonderen Formen des Rechtsextremismus wie zum Beispiel die Terroranschläge der sogenannten „NSU“, haben gezeigt, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und die Ablehnung der Demokratie über den Personenkreis der organisierten Rechtsextremen vorgedrungen ist.

Als überzeugte Demokraten sind wir aufgefordert, auf keinem Auge blind zu sein und jede Form des Extremismus offensiv zu bekämpfen. Dies tun wir, indem wir einerseits Netzwerkstrukturen zwischen den Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen wie etwa dem LPH, den Justizbehörden oder den Schulen ausbauen; und andererseits, indem wir entsprechende Projekte an den Schulen und in der Jugendarbeit initiieren und fördern. Extremismus-Bekämpfung ist Daueraufgabe und muss in den Schulen fester Bestandteil werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nur zu schaffen, wenn alle daran mitwirken - Gewählte und Wähler, Bürgerinnen und Bürger, politisch Engagierte innerhalb und außerhalb von Parlamenten. Deshalb wollen wir - auf der Grundlage unseres repräsentativen parlamentarischen Systems - mehr Bürger unmittelbarer und direkter einbinden. Dazu kann jede Fraktion auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit einen Beitrag leisten.

Dazu werden wir aber auch die direktdemokratische Teilhabe an politischen Prozessen verbessern. Wir werden deshalb das Verfahren der Volksgesetzgebung insgesamt vereinfachen, die Quoren absenken, den Finanzvorbehalt lockern und die Möglichkeit einer Verfassungsänderung aufnehmen. Über diese Fragen der Gesetzregelung hinaus werden wir prüfen, wie neue technologische Möglichkeiten eingesetzt werden können, um auch die informelle Meinungsbildung und Beteiligung der Bürger frühzeitig zu gewährleisten. Die Staatskanzlei sieht sich dabei in einer besonderen Rolle. Unser Konzept einer offenen Bürgerkanzlei werden wir fortführen und weiterentwickeln.

9.

Zum unverwechselbaren Profil unseres Landes gehört sein reichhaltiges kulturelles Angebot sowohl im Bereich der Spitzen- als auch auf dem weiten Feld der Breitenkultur. Diesen kulturellen Schatz zu erhalten und zu entwickeln ist Teil der Sicherung eines eigenständigen und selbstbewussten Saarlandes. So werden wir das Saarländische Staatstheater als Drei-Sparten-Haus erhalten und dabei prüfen, wie eine engere Verzahnung mit Spitzenakteuren, wie etwa der Deutschen Radiophilharmonie bzw. mit der Hochschule für Musik, zu erreichen ist.

Auch die vielfältige Amateurkulturszene hat für unser Land eine große Bedeutung. Die gute Arbeit der vielen Orchester, Chöre und Theatergruppen transportiert Kultur in die Breite und ermöglicht vielen Menschen einen Zugang zur Kultur. Deshalb werden wir die Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung und die ihr angeschlossenen Verbände auch weiterhin fördern.

Wenn der Bergbau in diesem Jahr zu Ende geht, wird im Bereich der Industriekultur die Industriegeschichte, die Geschichte des Bergbaus und der Bergleute, der Saarlütten und Hüttenarbeiter einen inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Das Saarland ist ja in gewisser Weise aus der Kohle geboren, und die Kultur und Tradition unseres Landes und die Wurzel unserer saarländischen Identität sind eng mit dem Bergbau verbunden. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Erinnerung an den Bergbau und die Anerkennung für die Menschen, die ihn betrieben haben, aber auch die Belastungen, die er ausgelöst hat, zu einem festen kulturellen Bestandteil der Lebenswirklichkeit unseres Landes werden.

Als zentrales Element dieser Dank- und Erinnerungskultur werden wir im Herbst die Ausstellung „Das Erbe der Bergleute“ in Reden eröffnen. Aber auch die Industriekultur, die seit langem ein Eckstein unserer Kulturpolitik ist, wollen wir konzeptionell absichern und dabei auch die Kommunen und privaten Träger beteiligen. Insbesondere das Weltkulturerbe Völklinger Hütte ist zu einem Anziehungspunkt weit über das Saarland hinaus geworden.

Bei der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz werden wir die Probleme der Vergangenheit transparent und systematisch aufarbeiten. Die Strukturen der Stiftung werden wir neu ordnen und auf eine neue Grundlage stellen. Dazu werden wir zum einen die Organisationsstruktur der Stiftung im Kontext der saarländischen Kulturlandschaft auf den Prüfstand stellen und zum anderen die Rechtsgrundlage der Stiftung grundlegend verändern. Zügig wollen wir eine entsprechende Gesetzesnovelle auf den Weg bringen. Die Fertigstellung des IV. Pavillons wollen wir auf der Basis einer neuen Projektstruktur unter Einbindung der Landeshochbauverwaltung gewährleisten – und zwar in einer angemessenen Qualität und ohne weitere Kostensteigerungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ehrenamt ist für mich unverzichtbarer Bestandteil einer Gesellschaft von mündigen Bürgern. Deshalb wollen wir vor allem die Anerkennungskultur im Ehrenamt in unserem Land stärken. Ein weiterer Baustein dazu soll die sogenannte Ehrenamtskarte sein, die wir gemeinsam mit den Landkreisen bzw. dem Regionalverband Saarbrücken, den Kommunen und der Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt landesweit einführen wollen. Das Projekt wird nach der Sommerpause in zwei Modell-Landkreisen erprobt und schrittweise ausgeweitet. Nach der Sommerpause werden wir auch mit unserer Kampagne „Das Saarland zum Selbermachen“ starten. Die Initiative zur Haftungsbegrenzung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern treiben wir weiter voran. Eine Bundesratsinitiative zur Vereinfachung der steuerlichen Behandlung von Vereinen werden wir prüfen.

Das Saarland steht wie kein anderes Bundesland für eine alltäglich gelebte, tiefe und funktionierende deutsch-französische Freundschaft. Frankreich-Kompetenz

gehört zu unseren Markenzeichen, die wir künftig noch stärker nutzen wollen. Im Rahmen unserer Frankreich-Strategie planen wir ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket, das zwei Ziele verfolgt: Erstens die Stärkung der Frankreich-Kompetenz nach innen und zweitens die kommunikative Vermarktung unserer Frankreich-Kompetenz nach außen. Unsere Botschaft ist: Wir kennen Frankreich und wir können mit Frankreich. Daher unterstützen wir auch die Ziele der deutsch-französischen Agenda 2020 zur Stärkung der Deutsch-Französischen Hochschule/Université Franco-Allemande in Saarbrücken. Und zur Förderung der studentischen Mobilität wird sich das Saarland für die Einführung eines gemeinsamen Studierendentarifs in der Großregion einsetzen.

Wir im Saarland leben und erleben hier im Kleinen, wie Europa im Großen aussehen kann. Wir im Saarland haben ein ausgeprägtes Bewusstsein für europäische Zusammengehörigkeit und die Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit. Das ist auch notwendig, denn immer mehr Entscheidungen, die unser Land betreffen, werden nicht in Berlin, sondern in Brüssel gefällt. Daher ist es eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes, wenn wir nun dem Beispiel anderer Länder folgen und die Vertretung unserer Interessen gegenüber den europäischen Behörden und Institutionen politisch und protokollarisch aufwerten.

10.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs davon gesprochen, was unsere Verantwortung für dieses Land umfasst, was unsere wichtigsten Aufgaben sind und was die Menschen von uns Politikern erwarten. In einer Kolumne, die mir dieser Tage in die Hände gefallen ist, sind diese Erwartungen meines Erachtens sehr zutreffend beschrieben. Dort heißt es: „Die Wähler möchten Konzepte für sinnvolle, durchdachte Sparanstrengungen (...). Sie möchten Politiker (...), die beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen. (...) Sie möchten bei aller notwendigen Kontrolle durch die Opposition (...) kein parteitaktisches Gezerre zur Eigenprofilierung (...). Sie wollen nichts weniger als den vollen persönlichen Einsatz ihrer Mandatsträger bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen, lebenswerten Saarlandes.“ Zitat Ende. Genau das, meine Damen und Herren, soll der Anspruch sein, dem sich die neue Landesregierung in den nächsten fünf Jahren stellt.

Die Überschrift dieser Regierungserklärung – ebenso wie des Koalitionsvertrages – fasst diese Verantwortung zusammen in dem Motto „Eigenständigkeit sichern, Chancen nutzen, Zusammenhalt wahren“. Wir haben dies ganz bewusst getan. Denn nur als eigenständiges Bundesland, das möchte ich abschließend noch einmal betonen, können wir die Geschicke unseres Landes selbstbewusst bestimmen - gegenüber dem Bund, aber auch in Europa. Eine bloße Region als Anhängsel in einem größeren Ganzen kann dies nicht.

Nur als eigenständiges Bundesland können wir unsere regionalen Interessen in Berlin und Brüssel zur Geltung bringen, nur als eigenständiges Bundesland können wir uns im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten behaupten und die Lebensqualität für die Menschen verbessern. Daher sage ich: der Ausstieg aus der Haushaltskonsolidierung wäre der Anfang der politischen Selbstaufgabe. Und: politische Selbstaufgabe wäre der Anfang vom Ende des Saarlandes als eigenständiges Bundesland. Wollen wir das? Ich will es nicht. Ich bin stolz auf dieses Land. Ich bin stolz, eine Saarländerin zu sein. Und ich glaube an die Zukunft unseres Bundeslandes als ein starkes Stück Heimat in einem vereinten Europa!